

Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



18.314 s Kt. Iv. BS. Service public erhalten. Keine Schliessung von Quartierpoststellen!

Bericht der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen vom 26. Mai 2020

Die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Nationalrates hat an ihrer Sitzung vom 26. Mai 2020 die vom Kanton Basel-Stadt am 6. Juni 2018 eingereichte kantonale Initiative vorgeprüft.

Die Initiative verlangt erstens ein Moratorium für Poststellenschliessungen. Ausserdem soll die Postcom im Rahmen von Poststellenschliessungen einen anfechtbaren formellen Beschluss fassen. Und drittens sollen auch Bürgerinnen und Bürger eine Eingabe gegen eine Schliessung einer Poststelle an die Postcom richten können.

Antrag der Kommission

Die Kommission beantragt ohne Gegenstimme, der kantonalen Initiative keine Folge zu geben.

Berichterstattung: schriftlich

Im Namen der Kommission
Der Präsident:

Michael Töngi

Inhalt des Berichtes

- 1 Text und Begründung
- 2 Stand der Vorprüfung
- 3 Erwägungen der Kommission



1 Text und Begründung

1.1 Text

1. Der Bundesrat wird aufgefordert, als Eigner der Post ein Moratorium bei der Schliessung von Poststellen zu veranlassen bis eine konzeptionelle Netzplanung vorliegt. Diese muss über die strategische Planung des künftigen Poststellennetzes Auskunft geben und für die betroffene Bevölkerung Transparenz über die künftige Gestaltung des Netzes herstellen. Gleichzeitig muss feststehen, ob in Bezug auf die Erreichbarkeit der Poststellen und Agenturen eine Revision des Postgesetzes angezeigt ist.

2. Die einschlägigen Rechtsgrundlagen sind so zu ändern, dass die Eidgenössische Postkommission (Postcom), wenn sie im Rahmen des Verfahrens bei der Schliessung oder Verlegung einer Poststelle oder Postagentur angerufen wird, nicht nur eine Empfehlung abgibt, sondern einen anfechtbaren formellen Beschluss fasst.

3. Auch die Bürgerinnen und Bürger sollen berechtigt sein, eine Eingabe gegen die Schliessung einer Poststelle oder Postagentur an die Postcom zu richten, wenn sie dieselbe Zahl von Unterschriften gesammelt haben, die für eine Gemeindeinitiative erforderlich ist.

1.2 Begründung

Der Service public ist unter Beschuss. Die Schweizerische Post steht wegen des Abbaus von Dienstleistungen in der Kritik. In Basel sollen die Poststellen Kleinhüningen, Gellert und Kannenfeld geschlossen werden. Dabei sind die Poststellen von enormer Wichtigkeit. Sie werden sowohl von den KMU als auch von der älteren Bevölkerung sehr geschätzt und regelmässig genutzt. Der Unmut in der Bevölkerung ist gross, wie die Petition der SP Basel-Stadt zeigt, die in kurzer Zeit knapp zweitausend Menschen unterschrieben haben.

Es ist wichtig, dass der Grosse Rat und der Regierungsrat dieses Anliegen unterstützen und sich Basel-Stadt gemeinsam mit anderen Kantonen in Bern gegen den Abbau des Service public starkmachen. So kann dieses zentrale Angebot auch in Basel-Stadt erhalten und gestärkt werden.

2 Stand der Vorprüfung

An ihrer Sitzung vom 1. Juli 2019 hat die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Ständerates die Standesinitiative nach Anhörung des Kantons vorgeprüft und ihrem Rat einstimmig beantragt, der Initiative keine Folge zu geben. Der Ständerat ist am 16. September 2019 dem Antrag seiner Kommission ohne Gegenstimme gefolgt und hat der Standesinitiative keine Folge gegeben.

3 Erwägungen der Kommission

An ihrer Sitzung vom 26. Mai 2020 hat sich die Kommission erneut vertieft mit der Post befasst und sich von Verwaltungsratspräsident Urs Schwaller und CEO Roberto Cirillo über die am 14. Mai 2020 der Öffentlichkeit vorgestellte neue Strategie für die Jahre 2021-2024 informieren lassen. Die KVF ist der Ansicht, dass im Postbereich Handlungsbedarf besteht und dass die verschiedenen kantonalen Initiativen der vergangenen Jahre berechnete Anliegen aufgegriffen haben. Sie weist darauf hin, dass einer dieser Initiativen – derjenigen des Kantons Jura (17.314) – Folge gegeben wurde und damit bereits ein Auftrag zur Ausarbeitung einer Vorlage im Parlament hängig ist. Da die vorliegende Initiative weitgehend in der Initiative 17.314 enthalten ist, beantragt die KVF ihrem Rat ohne



Gegenstimme, der Initiative Basel-Stadt (sowie den Initiativen mit ähnlichen Forderungen aus Genf 18.312 und Solothurn 18.315) keine Folge zu geben.

